

## **Antrag**

**der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Jürgen Trittin, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Winfried Hermann, Nicole Maisch, Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Risiko-Reaktoren abschalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Nutzung der Atomenergie ist mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Die von der Atomwirtschaft und ihren politischen Verbündeten benutzte Floskel „Deutsche Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt!“ ist schlichtweg falsch. Dies zeigen erneut die Geschehnisse im Atomkraftwerk Krümmel, das nach zweijähriger Revision nach einem Trafobrand bereits wenige Tage nach Wiederinbetriebnahme wegen eines erneuten Trafodefektes abgeschaltet werden musste. Im Nachgang des Vorfalls kamen weitere Details ans Tageslicht, die das hohe Risiko des Pannen-AKW's Krümmel belegen. Außerdem ziehen die Sicherheitskultur und Informationspolitik der Vattenfall Europe AG – wie bereits vor zwei Jahren nach dem Trafobrand im gleichen Kraftwerk – weiterhin die gesetzlich vorgeschriebene Zuverlässigkeit und Fachkunde der Vattenfall Europe AG ernsthaft in Zweifel.

Krümmel ist aber nur ein weiteres Indiz für die wachsende Unsicherheit deutscher Atomkraftwerke. Je älter die Reaktoren, desto höher die Sicherheitsrisiken. In Deutschland stehen die altersschwachen Atommeiler Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel mit jeweils rund 400 Störfällen auf den Störfalllisten ganz oben. Trotzdem versuchen die Energiekonzerne seit Jahren die Laufzeiten ausgerechnet dieser Altanlagen zu verlängern. Sie gefährden damit wissentlich Millionen Menschen.

Zu den altersbedingten Risiken kommen ungelöste technische Probleme. So konnte das Problem der Verstopfung des so genannten Reaktorsumpfes in Druckwasserreaktoren seit 17 Jahren nicht gelöst werden – auch weil die Atomaufsichten der Länder dem Problem nicht mit dem nötigen Nachdruck nachgegangen sind. Bis heute ist ein ernster Zwischenfall wie in Barsebäck 1992 nicht ausgeschlossen.

Die Bundesregierung selbst räumte in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein, dass die alten AKWs nicht mehr dem internationalen Stand von Forschung und Technik entsprechen. Bestätigt wird der schlechte technische Zustand deutscher Atomkraftwerke auch von einer Expertenkommission des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, an der externe Sachverständige sowie Fachleute von Bund und Ländern beteiligt waren. Sie kam erst kürzlich zu dem einvernehmlichen Ergebnis, dass das deutsche kerntechnische Regelwerk, nach dem die Atomaufsicht die Atomreaktoren überprüft, nicht mehr dem Stand von

Wissenschaft und Technik entspricht. Die Kommission legte nach fünfjähriger Arbeit ein neues, an den Stand von Wissenschaft und Technik angepasstes Regelwerk vor. Doch anstatt dieses als verbindliche Grundlage für die Atomaufsicht im Bundesanzeiger zu veröffentlichen, haben der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und die Länder beschlossen, den Katalog bis Ende 2010 lediglich zu erproben.

Besonders deutlich werden die Risiken der Atomkraft beim Schutz vor Terroranschlägen. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist diese Gefahr nicht mehr auszuschließen. Wie leicht Terroristen das Gelände eines AKWs besetzen könnten, zeigte eine Aktion von Aktivisten von Greenpeace e. V., die am 22. Juni 2009 binnen kürzester Zeit auf die Kuppel des Atomkraftwerks Unterweser gelangten. Die Auswirkungen eines Sprengstoffanschlags auf ein AKW wären verheerend, insbesondere wenn Terroristen Zugriff auf die Reaktorhülle eines alten AKWs bekämen.

Weit geringer noch ist der Schutz vor Angriffen aus der Luft. Die seinerzeit propagierte Vernebelung der Atommeiler ist gescheitert, der Abschuss eines von Terroristen entführten Passagierflugzeugs vom Verfassungsgericht untersagt worden. Nach acht Jahren Diskussion bleibt daher festzuhalten: Die AKW-Betreiber haben es nicht geschafft, ein Schutzkonzept für Atomreaktoren gegen gezielte Terroranschläge umzusetzen.

Wie verheerend die Wirkung von Terroranschlägen auf AKWs wäre, ist letztlich abhängig von der Beschaffenheit der AKW-Bauten. Bereits im Jahr 2002 kam die Internationale Länderkommission Kerntechnik der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen in einer bis heute geheim gehaltenen Studie zu dem Ergebnis, dass nur drei der damals noch 19 Atomkraftwerke gegenüber dem gezielten Absturz eines Passagierflugzeugs geschützt sind. Die alten Reaktoren Biblis A und B, Phillipsburg, Isar 1, Unterweser, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel wären dagegen bereits durch den Absturz eines Kleinflugzeugs gefährdet.

Angesichts der Terrorgefahren müssen die alten, besonders gefährdeten Atomkraftwerke so schnell wie möglich vom Netz genommen werden. Der im Konsens mit den Betreibern im Jahr 2001 geschlossene Atomausstieg bietet dazu hinreichend Möglichkeiten, indem er die Übertragung von Reststrommengen aus älteren auf neue AKWs ermöglicht. Von dieser Möglichkeit ist jetzt Gebrauch zu machen. Der Deutsche Bundestag verweist dabei auf den mit der Verabschiedung des Atomausstiegsgesetzes festgehaltenen Beschluss: „Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ... ein Beitrag dazu, die Bundesrepublik gegen terroristische Angriffe besser zu schützen.“

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes vorzulegen, der sicherstellt, dass
  - die sieben ältesten Atomkraftwerke schnellstmöglich stillgelegt werden;
  - die Übertragung von Reststrommengen auf Kraftwerke mit einem niedrigeren Sicherheitsstandard wie z. B. das AKW Krümmel gesetzlich unterbunden wird;
  - die Atomaufsicht von den Ländern vollständig auf den Bund übertragen wird;
- das neue kerntechnische Regelwerk unverzüglich im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen und so verbindlich zu machen;
- den Sicherheitsstandard aller Atomkraftwerke ab sofort nach dem aktualisierten kerntechnischen Regelwerk zu überprüfen;

- die gesetzliche Entschädigungspflicht bei der Anordnung von Nachrüstungen zu beseitigen;
- alle atomrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um den technisch veralteten Atomreaktor Krümmel stillzulegen;
- von den Betreibern den Nachweis fordern zu lassen, dass ihre Reaktoren Leckunfälle bei Kühlmittleitungen sicher beherrschen, und die Reaktoren im Falle der Nichtbeherrschung stillzulegen;
- die Zuverlässigkeit und Fachkunde der Vattenfall Europe AG als Atomkraftwerksbetreiber kritisch zu überprüfen und alle atomrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, dem Unternehmen die Erlaubnis für den AKW-Betrieb zu entziehen.

Berlin, den 3. August 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

